

## Das österreichische Parlament und die süd-slawische Frage.

Wien, 24. September.

Die heutigen Veröffentlichungen über die geplante Lösung der bosnischen Frage haben im österreichischen Abgeordnetenhaus großes Aufsehen erregt. Nach den Mitteilungen hat es den Anschein, daß sich die österreichische Regierung dem Plane, Bosnien und die Herzegowina, die bisher gemeinsam von beiden Reichshälften verwaltet wurden, unter die Oberhoheit der Stephanskronen zu bringen, keineswegs ablehnend verhalten werde. In österreichischen Abgeordnetentreffen war es bekannt, daß die ungarische Regierung in der letzten Woche in diesem Sinne Verhandlungen eingeleitet hatte. Auch wird heute berichtet, daß Dr. Wekerle vertraulich auch führenden österreichischen Politikern bereits im Januar dieses Jahres von dieser seiner Absicht bezüglich der staatsrechtlichen Stellung Bosniens und der Herzegowina Mitteilung gemacht hat. In deutschen Abgeordnetentreffen ist man der Meinung, daß eine derartige Lösung auf verfassungsmäßigem Wege kaum möglich sei, da sich im österreichischen Reichsrat die erforderliche Mehrheit für eine Angliederung Bosniens und der Herzegowina an Ungarn nicht finden würde. Aus führenden polnischen Abgeordnetentreffen erfährt man, daß schon vor Monaten von ungarischer Seite der Vorschlag unterbreitet wurde, Bosnien und die Herzegowina Ungarn zu überlassen, wogegen Ungarn seine Unterstützung bei einer Lösung der polnischen Frage in subdualistischer Form in Aussicht stellte, so wie es jetzt eine Art subdualistischer Lösung der staatsrechtlichen Stellung Bosniens und der Herzegowina in Aussicht nimmt. Auf czechischer Seite wird jede einseitige Lösung der süd-slawischen Frage abgelehnt, gleichzeitig aber auch betont, daß unter keinen Umständen eine Lösung die Zustimmung der Czechen finden könnte, die eine Abspaltung eines Teiles der Südslawen zur Folge hätte.

Ein führender deutsch-nationaler Abgeordneter äußerte sich, es sei sehr fraglich, ob die von Ungarn geplante Lösung des süd-slawischen Problems von längerer Dauer sein würde, denn der Wille zur Beteilung aller Südslawen in eine staatliche Einheit ist vornehmlich bei den Slowenen sehr stark. Eine weitere Frage wäre die der an Oesterreich zu leistenden Entschädigungen für die Aufwendungen in den annektierten Provinzen. Von einer Entschädigung territorialer Natur, wie etwa die Angliederung der überwiegend deutschen Komitate Westungarns an Oesterreich, will man ja anscheinend in Ungarn nichts wissen. Die österreichische Kulturarbeit vieler Jahrzehnte in Bosnien und der Herzegowina sowie die großen Opfer an Gut und Blut, welche die Annexion gefordert, endlich die Opfer für die Ausschließung des Landes, jetzt für ein Einsengerecht hinzugeben, geht nicht an. Jedenfalls hat es den Anschein, als ob bei den vielfachen Schwierigkeiten, die allenthalben aufstauen, eine Erledigung dieser Frage nicht leicht zustande kommen könnte, um so mehr, als die Zustimmung der Parlamente nötig ist.

Der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses Tuzar erklärte, die Czechen seien selbstverständlich dagegen, daß auf der einen Seite das polnische Problem, auf der anderen Seite separat das süd-slawische Problem gelöst werde. Diese Art der Lösung, welche jetzt im Vordergrund zu sehen scheint, haben in czechischen Kreisen sehr verstimmt. Uebrigens könne das süd-slawische Problem nicht ohne Befragung des Reichsrates gelöst werden, schon mit Rücksicht auf Dalmatien, das ja im Reichsrat vertreten ist. Was die künftige Zugehörigkeit Bosniens und der Herzegowina betrifft, so habe der österreichische Reichsrat ja ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Es müsse aber daran festgehalten werden, daß, wenn einmal die

Verfassungsfrage in der Monarchie ernstlich aufgerollt wird, das Problem zur Gänze gelöst werden muß. Die Czechen werden in der süd-slawischen Frage die Initiative nicht ergreifen. Sie werden aber mit den Südslawen solidarisch vorgehen, von denen bestimmt zu erwarten ist, daß ihre Abgeordneten im Reichsrat gegen die jetzt aufgetauchten Pläne auftreten werden.

Der Verband der deutsch-nationalen Parteien hat in seiner letzten Sitzung ein Komitee zur Erörterung der süd-slawischen Frage eingesetzt, dem die Abgeordneten Dr. Waldner, Marchl, Reunteufel, Dr. Urban, Pacher und Einspinner angehören. Abgeordneter Doktor Waldner wird heute dieses Komitee zu einer Sitzung einberufen.

## Reise des gemeinsamen Finanzministers nach Bosnien.

Der gemeinsame Finanzminister Dr. Freiherr v. Spitzmüller hat sich in Begleitung des Sektionschefs Dr. Otto Franges v. Mitrovica und des Regierungsekretärs Dr. Ernest Träger heute früh von hier nach Sarajevo begeben.

## Die Schwierigkeiten der von Ungarn vorgeschlagenen Lösung.

(Telegramm der Neuen Freien Presse.)

Budapest, 24. September.

Graf Stephan Tisza wird, wie hier verlautet, Mittwoch in Wien eintreffen, um dem Monarchen Bericht über die Besprechungen zu erstatten, die er auf seiner Reise im Süden der Monarchie gepflogen hat. Die Eindrücke, die Graf Tisza aus Bosnien und der Herzegowina mitbringt, sind, wie in den hiesigen politischen Kreisen betont wird, für die von Ungarn in Aussicht genommene Lösung der süd-slawischen Frage nicht die günstigsten. Graf Tisza konnte sehen, daß sich die jugoslawische Bewegung auch in den annektierten Provinzen ziemlich tief eingemischt hat. Die Veranstaltung eines Plebiszits, beziehungsweise die Befragung des bosnischen Landtages, würde, wie sich Graf Tisza überzeugen konnte, aller Wahrscheinlichkeit nach kein günstiges Ergebnis für die geplante Lösung haben. Es ist vor allem zu berücksichtigen, daß sich das muslimische Element in Bosnien und der Herzegowina während des Krieges mit den serbischen Parteien so ziemlich verständigt hat. Während bisher immer die Auffassung vorherrschte, daß die Muslimen Bosniens und der Herzegowina ihre Stimmen gegen den Anschluß an Kroatien und für die Angliederung an Ungarn abgeben würden, gewann Graf Tisza während seines Aufenthaltes in Sarajevo den Eindruck, daß ein großer Teil der Muslimen nunmehr mit den Serben gehen würde. Graf Tisza ist überzeugt, daß die jugoslawische Bewegung auch unter den Muslimen etwas an Boden gewonnen hat.

In den maßgebenden ungarischen Kreisen herrscht die Auffassung, die durch die Eindrücke des Grafen Tisza bekräftigt wird, daß in erster Reihe in Kroatien-Slavonien normale Verhältnisse wieder hergestellt werden müssen, ehe man an die endgültige Regelung des süd-slawischen Problems, beziehungsweise der Frage der Zugehörigkeit Bosniens und der Herzegowina denken könne und aus diesem Grunde hat auch die ungarische Regierung die Lösung der Banuskrisis in den Vordergrund gestellt. Der neue Banus, der aller Wahrscheinlichkeit nach im Laufe dieser Woche ernannt werden dürfte, soll verschiedene Vollmachten erhalten. Hier verbreitet sich immer mehr die Meinung, daß angesichts der sich mehrenden Schwierigkeiten und Widerstände auf allen Seiten die Frage der Zugehörigkeit Bosniens und der Herzegowina in der nächsten Zeit dilatorisch behandelt werden dürfte.